

Sri Lankas Osten nach der Flut:

Sozioökonomische Folgen und politische Diskurse des Wiederaufbaus

Von Hartmut Fünfgeld

Das Ausmaß der Zerstörung ist gewaltig. Was die Flutwelle am 26. Dezember 2004 an den Küsten Süd- und Südostasiens hinterlassen hat, sucht vergeblich nach Vergleichbarem. An der Ostküste Sri Lankas hat die Flut mit ihren katastrophalen physischen Zerstörungen ein Gebiet getroffen, das von dem bereits über 20 Jahre andauernden ethnopolitischen Konflikt zwischen der Regierung Sri Lankas und tamilischen Guerillabewegungen, allen voran die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE), gekennzeichnet ist. Viele der Häuser, Brücken und Straßen, die der Flutwelle zum Opfer fielen, wurden bereits im Krieg beschädigt oder zerstört und oft erst in den vergangenen Jahren, nach Unterzeichnung eines permanenten Waffenstillstandsvertrags im Februar 2002, wieder aufgebaut.

Die langfristigen sozioökonomischen Folgen der Flutwelle sind nur schwer abschätzbar. Sicher ist jedoch, dass der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur wie auch die Wiederherstellung zerstörter Lebenssicherungssysteme im Osten Sri Lankas in besonderem Maße von den politischen Entwicklungen und der Fortdauer des Friedensprozesses abhängen wird. Die verworrene politische Situation vor Ort wird durch das „Heerlager“ der sich am Wiederaufbau beteiligenden lokalen und internationalen Hilfsorganisationen mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen und Interessen weiter verkompliziert.

Die humanitären Folgen der Flut sind gravierend. Sri Lanka ist mit nahezu 31.000 Toten und mehr als 5.600 Vermissten relativ betrachtet - bezogen auf die Gesamtbevölkerung - besonders schwer betroffen. Allein im Distrikt Ampara, an der Südostküste der Insel wurden mehr als 10.000 Menschen von der Flutwelle getötet. Im einst malerischen und insbesondere bei Surfern aus aller Welt beliebten Fischerort Arugambay wurden nach der Flut 670 Leichen ge-

borgen (persönliche Mitteilung eines NRO-Mitarbeiters). Auch hier gelten viele Personen noch als vermisst. Insgesamt wurden laut Angaben der srilankischen Regierung über 555.000 Menschen durch die Flutwelle heimatlos und leben seitdem bei Verwandten oder in Flüchtlingslagern. Dabei dürfte es sich wohl eher um eine zu niedrige Schätzung handeln. Zwar wird sich die Anzahl an Flüchtlingen in den kommenden Wochen als Folge der laufenden Aufräum- und Wiederaufbauarbeiten verringern, nichtsdestotrotz werden die betroffenen Menschen auch nach der Rückkehr in ihre Heimatorte noch viele Monate mit einer anhaltenden Not-situation konfrontiert sein. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen der Flutkatastrophe sind derart unüberschaubar, dass nur Vermutungen über den bis zur vollständigen Erholung notwendigen Zeit- und Kostenaufwand angestellt werden können. Sicher ist, dass der vom gewalttätigen Konflikt betroffenen Bevölkerung nur begrenzt Mechanismen zur Verfügung stehen, um die wirtschaftlichen, psychosozialen und politisch-institutionellen Auswirkungen einer Katastrophe sol-

chen Ausmaßes zu bewältigen.

Diese durch die Einwirkungen des Konflikts stark erhöhte Verwundbarkeit gegenüber Krisen wird am Beispiel der von der Flutwelle besonders stark betroffenen Fischerbevölkerung deutlich. In den vom Bürgerkrieg gekennzeichneten Küstengebieten im Nordosten Sri Lankas lebt ein Großteil der Bevölkerung von der Küsten- und Lagunenfischerei. Während des Konfliktes standen Fischer immer wieder im Kreuzfeuer der Konfliktparteien. Insbesondere der Fischfang auf den Lagunen wurde zu einem gefährlichen Unterfangen, da diese als allgemein zugängliche Wasserkörper mit oft dicht bewachsenem Ufersaum nur schwer zu überwachende Gebiete darstellten und daher zu Kriegszeiten vor allem für den von der LTTE geführten Guerillakampf strategisch bedeutsam waren. In manchen Fällen bilden Lagunen daher natürliche Grenzräume zwischen den Gebieten, die von der *Special Task Force* (STF) der srilankischen Armee kontrolliert werden, und jenen, die unter der Kontrolle der LTTE stehen.

Besonders deutlich werden dieser Frontlinienstatus und die damit verbundenen sicherheitspolitischen Konsequenzen in der größten Lagune der Ostküste bei Batticaloa. Aufgrund der strategischen Bedeutung der Lagune unterlagen die Lagunenfischer von Batticaloa während der gewalttätigen Kriegsphasen der 1990er Jahre verschiedensten Restriktionen. Beispielsweise war das traditionell übliche Fischen bei Nacht verboten, und der Zugang zur Lagune wurde von der STF auch tagsüber reglementiert und streng kontrolliert. In Zeiten akuter Kampfhandlungen zwischen den militärischen Konfliktparteien war Fischfang oft für Wochen gänzlich unmöglich.

Den Küstenfischern erging es ähnlich. Zahlreiche Boote wurden von der STF und teilweise auch von der LTTE konfisziert und nicht selten auch versenkt, um den Transport von Personen, Gütern und Informationen über den Seeweg zu unterbinden. Fischer wurden mitunter von beiden Seiten als „Kollaborateure“ stigmatisiert. Aufgrund zahlreicher direkter Angriffe auf Fischerboote sowie nach Zwischenfällen, bei denen Fischer ins Kreuzfeuer von STF und LTTE gerieten, wagten es viele nur noch selten zu fischen.

Als Folge hatten viele Fischer keine andere Wahl als sich zusehends mit unsicheren und gering entlohnten Gelegenheitsarbeiten zu begnügen. Zahlreiche Fischerfamilien waren nicht in der Lage, sich neue Boote zuzulegen, da der Zugang zu Kleinkreditprogrammen ebenfalls beschränkt war. Alternative Möglichkeiten, ein Einkommen zu erzielen, wie zum Beispiel die traditionelle, saisonale Lohnarbeit auf Reisfeldern, waren aufgrund des Krieges ebenfalls kaum vorhanden. Die Folge war ein sich über die Jahre verschlechternder Lebensstandard, der aufgrund der gesamtpolitischen Lage und der wirtschaftlichen Folgen weite Teile der Bevölkerung im Nordosten und in besonderem Maße die Fischerfamilien betraf. Diese Situation verbesserte sich erst merklich mit dem Abschluss eines dauerhaften Waffenstillstandsvertrags im Februar 2002.

Von Kriegs- zu Katastrophenflüchtlingen

Viele der vom Tsunami betroffenen Fischerhaushalte haben seit 2002 unter erheblichen persönlichen und finanziellen Belastungen – etwa durch temporäre Arbeitsmigration in arabische Staaten – ihre vom Krieg zerstörten Häuser wieder aufgebaut und in für den Lebensunterhalt notwendige Gerätschaften investiert. Diese Investitionsgüter haben viele nun durch die Flut erneut verloren. Aufgrund der Rekrutierungsstrategie der LTTE, bei der jeder Haushalt den Be-



Zerstörtes Hotel „Tsunami“ in Arugambay. (Foto: www.tamilnet.com)

freiungskampf mit wenigstens einem Mitglied unterstützen soll, haben zahlreiche Familien in den Kriegsgebieten mindestens eine Person durch den Krieg verloren. Viele der Familien in den Küstendörfern sind nun durch den Tod weiterer Brotverdiener als Folge der Flutwelle in ihrer Existenzsicherung bedroht. Die noch existenzfähigen Familien müssen daher als zusätzliche Belastung eine große Anzahl von Waisenkindern und Witwen aufnehmen, die auf verwandtschaftliche Unterstützung im Sinne der traditionellen Großfamilie hoffen und angewiesen sind, um die Flüchtlingslager möglichst bald wieder verlassen zu können. Bereits während des Konflikts haben viele der Menschen im Nordosten Sri Lankas ihre Dörfer verlassen, haben Jahre bei Verwandten oder in Flüchtlingslagern verbracht und sind dabei zum Teil mehrmals umgezogen.

Abgesehen von den ökonomischen Belastungen in Folge der Flut ist bei der

Bevölkerung mit erheblichen psychischen Folgewirkungen zu rechnen, die sich auch auf ihre Leistungs- und Widerstandsfähigkeit auswirken können. Die srilankische Regierung scheint die Dringlichkeit dieses Problems erkannt zu haben und hat einen Nationalplan zu psychosozialen Traumabewältigung verabschiedet.

Politische Diskurse um den Wiederaufbau nach der Flut

Aufgrund der großen internationalen Spendenbereitschaft für die Opfer dieser „ersten globalen Katastrophe“ (*Der Spiegel* 01/2005) stehen zumindest für die kurz- bis mittelfristige Phase des Wiederaufbaus umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Herausforderung für alle am Wiederaufbau und an der Rehabilitation Beteiligten liegt nun vor allem in der effizienten und bedarfsgerechten praktischen Umsetzung der Hilfe.

Diese trifft im Nordosten Sri Lankas auf eine zunehmend verfahrenere und prekäre politische Sachlage. Die Hoffnungen vieler,

dass sich ein katastrophales Naturereignis wie die Flutwelle positiv auf den festgefahrenen Friedensprozess auswirken und die Friedensverhandlungen wieder in Gang bringen könnte, haben sich nach den Vorfällen der letzten Wochen zerschlagen. Bereits wenige Tage nach der Flut wurden die zahlreich anlaufenden Hilfsaktionen von politischen Machtspielen zwischen srilankischer Regierung und LTTE um die Verfügungsgewalt über die Nothilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen überlagert. Die politischen Eliten beider Parteien bezichtigten sich gegenseitig der Blockade von Hilfslieferungen und der Behinderungen beim Wiederaufbau im Nordosten.

Gleichzeitig setzen beide Konfliktparteien alles daran, sich bei der Umsetzung der Tsunami-Hilfe auch politisch zu profilieren. Die LTTE, vertreten durch die mit Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklung des Nordostens beauftragte *Tamils Rehabilitation Organisation* (TRO),

hat unmittelbar nach der Katastrophe das alleinige Recht für sich beansprucht, Hilfslieferungen in den Nordosten zu koordinieren. Die srilankische Regierung, im Nordosten präsent durch die STF der srilankischen Armee, verlangte die Übergabe der Kontrolle über die Wiederaufbaumaßnahmen von der LTTE. Die STF andererseits nutzte die Katastrophe nach Kräften, um einen Imagewandel zu erreichen – von einer von der tamilischen Bevölkerung oft als brutal und arrogant eingeschätzten militärischen Macht hin zu einer humanitären Eingreiftruppe.

Mit der Beobachtern zufolge recht effizienten Verteilung von Hilfsgütern in den von der LTTE kontrollierten tamilischen Gebieten konnte die TRO einen Sympathiegewinn verbuchen. Meldungen, nach denen die STF für den Nordosten bestimmte Hilfslieferungen stoppte und in singhalesische Gebiete umleitete, wurden von der LTTE den ihr nahe stehenden Nachrichtenorganisationen öffentlichkeitswirksam ausgeschlachtet. Andererseits scheint auch die seit Jahren unter Nachwuchsproblemen leidende LTTE die unübersichtliche Lage nach der Flutkatastrophe für eigene Zwecke zu missbrauchen. Laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen besteht Grund zur Annahme, dass die LTTE die Zeit nach der Flut genutzt hat, um Jugendliche aus Flüchtlingslagern zu rekrutieren.

Nach der Berichterstattung in den staatlichen Medien ist es offensichtlich, dass sich die Hilfsaktionen der srilankischen Regierung auf den Süden der Insel konzentrieren. Dies hat nicht nur politische Gründe, sondern liegt auch im volkswirtschaftlichen Interesse, da insbesondere die Tourismusindustrie des Südwestens als einer der wichtigsten Devisenbringer des Landes möglichst schnell wieder funktionsfähig gemacht werden muss, will man den gesamtwirtschaftlichen Schaden der Flut möglichst rasch kompensieren. Der Anfang Januar angekündigte Tsunami-Wiederaufbauplan der Regierung hat jedoch auch auf singhalesischer Seite Kritik geerntet, insbesondere, weil darin zahlreiche prestigeträchtige Großprojekte genannt werden, wie der Bau einer elektrischen Eisenbahnverbindung von Colombo nach Galle an der Südwestküste sowie der Bau eines bereits seit 20 Jahren geplanten internationalen Seehafens

in Hambantota. Innerhalb der vom Krieg betroffenen Bevölkerung des Nordostens müssen solche Pläne zwangsläufig auf Unverständnis stoßen und in einer weiteren Distanzierung von der politischen Elite in Colombo resultieren.

Hilfe wurde somit binnen weniger Tage nach der Katastrophe zum Politikum – die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung rücken zwangsläufig in den Hintergrund. Es scheint, als ob beide Konfliktparteien gerade in Zeiten der humanitären Krise die (Un-)Gunst der Stunde sehr wohl zu nutzen wissen, um bestehende politische Diskurse weiter zu polarisieren und teils heftige Gegenreaktionen rechtfertigen zu können. Der Wiederaufbau wird nicht nur überlagert, sondern mitunter regelrecht dominiert von verhärteten und zusehends fragmentierten politischen Gegensätzen und im Laufe des vergangenen Jahres kontinuierlich eskalierenden politischen Gewalttaten.

Nach knapp sechs Wochen der tatsächlichen Waffenruhe, bei der auch die sonst fast schon zur Normalität gewordenen politischen Attentate auf gemäßigte tamilische Politiker und LTTE-Gegner ausblieben, wurden am 7.2.05 der politische Führer der Distrikte Batticaloa und Ampara, Kaushaliyan, sowie mehrere Begleiter auf dem Weg von Vavuniya nach Batticaloa erschossen. Der Mord an Kaushaliyan, dem ranghöchsten Opfer auf Seiten der LTTE seit Unterzeichnung des Waffenstillstands, stellt eine erneute Stufe der Eskalation und eine ernsthafte Bedrohung für den Friedensprozess dar, die auch von internationalen Beobachtern mit großer Sorge wahrgenommen und kritisch kommentiert wurde.

Die Rolle von Hilfsorganisationen: „Wer hilft wem und wie?“

Srilankische wie internationale Hilfsorganisationen, die im Nordosten des Landes tätig sind, stehen vor einem schwierigen Unterfangen: Durch die weltweit große Spendenbereitschaft sehen sie sich mit einem immensen Spendenaufkommen und somit einem Handlungszwang konfrontiert, die Mittel zweckgebunden, ergebnisorientiert und möglichst rasch einzusetzen. Dies ist in einer derart insta-

bilien und unberechenbaren politischen Situation äußerst schwierig. Der effiziente und nachhaltige Einsatz finanzieller Mittel in Zeiten politischer Instabilität erfordert nicht nur technisches Know-how, sondern eine umfassende Auseinandersetzung mit den politischen Rahmenbedingungen und den beschriebenen politischen Diskursen vor Ort. Ein zu befürchtender und unzulänglicher „Quick-and-Dirty“-Ansatz der mittel- bis langfristigen Wiederaufbauprogramme, die nun auf die Katastrophenhilfe folgen müssen, wäre nicht nur ökonomisch bedenklich, weil nur selten nachhaltig, sondern auch politisch brisant.

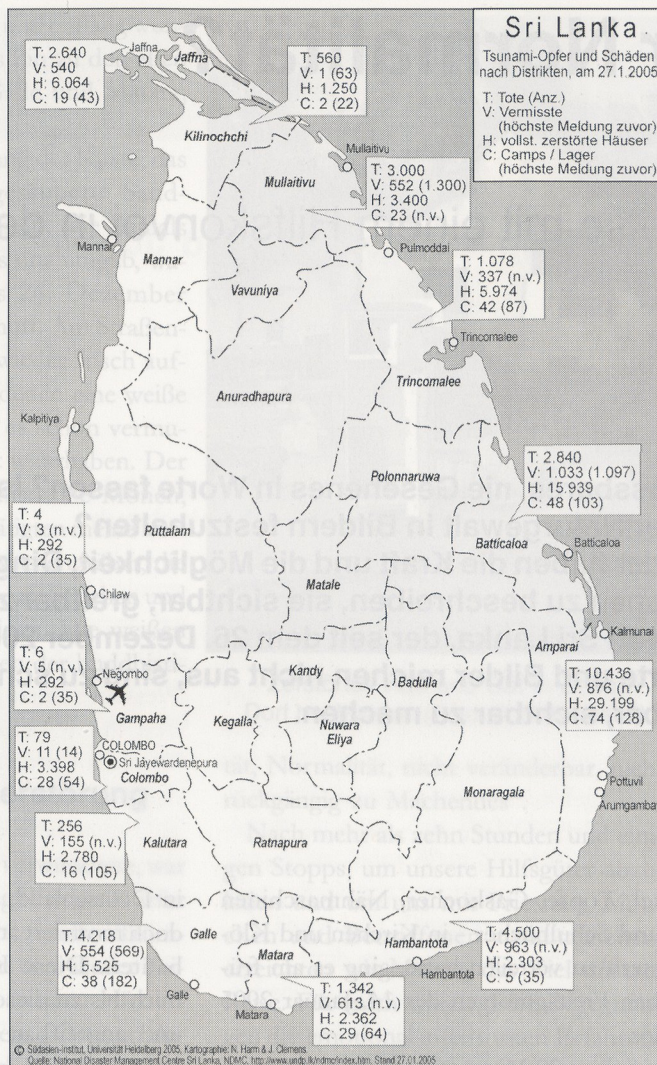
Wie kann Hilfe unter diesen Bedingungen effizient geleistet werden? Wichtig scheint hier zunächst aus Sicht der Hilfsorganisationen, eigene politisch-institutionelle Interessen hinten anzustellen und sich in ausgewogener Weise an den tatsächlichen Bedürfnissen der von der Katastrophe betroffenen Bevölkerung zu orientieren. Dies betrifft sowohl die räumliche Verteilung der Hilfsprojekte als auch die inhaltlichen Schwerpunkte solcher Maßnahmen, wie etwa die oftmals von finanziellen Interessen bestimmte Suche nach prestigeträchtigen Hilfsprojekten, die die Spendenkassen rasch zu füllen vermögen. So ist es für eine effektive Rehabilitation der betroffenen Gebiete durchaus notwendig und zudem aus humanitären Gründen unterstützenswürdig, jedoch längst nicht hinreichend, Schulen und Waisenhäuser wieder aufzubauen; damit wird der ökonomisch aktiven Bevölkerung nur wenig geholfen. Derartige Projekte mit physisch rasch vorzeigbaren Ergebnissen sind jedoch bei Hilfsorganisationen und ihren Sponsoren derart beliebt, dass die Unterstützung von Maßnahmen zur nachhaltigen Lebenssicherung – im Sinne einer tatsächlichen, viel beschworenen „Hilfe zur Selbsthilfe“ – leicht ins Hintertreffen geraten kann. Die bereits angeführte Situation der Fischer an der Ostküste zeigt jedoch eindrücklich, dass sich eine Unterstützung nach der Katastrophenhilfe auf die rasche Wiederherstellung der Lebenssicherungssysteme konzentrieren muss.

Für die Fischer an der Ostküste ist es nun wichtig, möglichst schnell wieder Fischereiausrüstung zu beschaffen, da die lukrative Garnelensaison von März

und April bevor steht. In dieser Zeit erzielen viele Fischer Überschüsse, die für notwendige Reinvestitionen in Boote, Netze und andere Materialien benötigt werden. Nur wenigen Fischerfamilien ist es jedoch möglich, einen Teil der aus dem Garnelenfang erwirtschafteten Gewinne auch für spätere Zeiten saisonal niedriger Einkommen, wie etwa während des Höhepunkts des Nordostmonsuns von November bis Dezember zu sparen. Durch den Verlust von Booten, Netzen und Fischereiausrüstung werden viele Fischerhaushalte nicht in der Lage sein, an der Garnelenfangsaison teilzunehmen, was ohnehin schon einen großen ökonomischen Nachteil darstellt. Die Sicherung der Gewinne aus dem Garnelenfang könnte für viele Fischer der erste Schritt zu einer selbstständigen und nachhaltigen Rehabilitation ihres Lebensunterhalts darstellen. An dieser Stelle muss staatliche und nichtstaatliche Unterstützung ebenfalls ansetzen, wenn sie den Anspruch der Nachhaltigkeit erfüllen will.

Fazit

Im Nordosten Sri Lankas wird der Erfolg der angelaufenen Wiederaufbau- und Rehabilitationsprojekte stark von der politischen Entwicklung abhängen, die zwei Monate nach der Flutkatastrophe alles andere als vielversprechend scheint. Es bleibt zu hoffen, dass geplante staatliche und nichtstaatliche Unterstützungsmechanismen möglichst bald greifen und nicht am Machtkampf zwischen Regie-



Vom Tsunami betroffene Bevölkerung in den Küstendistrikten Sri Lankas.

rung und LTTE scheitern.

In dieser unberechenbaren Situation kommt es für Hilfsorganisationen darauf an, sich der politischen Dimension ihrer Arbeit sowie ihrer eigenen Rolle in den bestehenden lokalen politischen Diskursen bewusst zu werden. In inhaltlicher Hinsicht gilt es darüber hinaus, sich abseits von prestigeträchtigen Projekten zu wagen und intra- und interinstitutionelle Interessen zurückzustellen. Wenngleich oft gefordert wird, Entwicklungszusammenarbeit einer stärkeren politischen Konditionalisierung zu unterwerfen, so sollte es im Sinne der ökonomischen Effizienz und politischen Nachhaltigkeit auf der Projektebene Ziel sein, die praktische Umsetzung von Hilfsmaßnahmen so weit als möglich zu entpolitisieren. Dies betrifft sowohl das Verhalten von Hilfsorganisationen in Bezug auf aktuelle politi-

sche Diskurse vor Ort, als auch ihre internen finanzpolitischen Erwägungen.

► **Literatur:** Bohle, H.-G. (2004): *Geographien von Gewalt. Kultur-geographische Interpretationen des Bürgerkrieges auf Sri Lanka*. In: *Petermanns Geogr. Mitt.* 148(2): 22-29.

Government of Sri Lanka (2005): *National Plan of Action for the Management and Delivery of psychosocial and Mental Health Services for People affected by the Tsunami Disaster*. Ministry of Health, Directorate of Mental Health Services. http://www.cnosrilanka.org/desk_psychosocial.htm. (16.02.05).

Government of Sri Lanka (2005): *Situation Report*. Centre for National Operations. <http://www.cnosrilanka.org/situationreport.html>. (15.02.2005).

Harpe, V. (2005): *Nach der Flut*. Amnesty International Deutschland. <http://www2.amnesty.de/internet/>. (14.02.05).

Human Rights Watch (2005): *Sri Lanka: Child Tsunami Victims Recruited by Tamil Tigers*. Human Rights Watch. <http://hrw.org/english/docs/>. (14.02.05).

Watts, M. & H.-G. Bohle (2003): *Verwundbarkeit, Sicherheit und Globalisierung*. In: H. Gebhardt, P. Reuber & G. Wolkersdorfer (Hrsg.): *Kulturgeographie*. Heidelberg, Berlin: 67-82.

► **Web-Info-Auswahl:** Centre for National Operations der Regierung von Sri Lanka <http://www.cnosrilanka.org/>

National Disaster Management Centre Sri Lanka, NDMC:

<http://www.undp.lk/ndmc/index.htm>

Tamils Rehabilitation Organisation (TRO): <http://www.troonline.org/>.

Eastern University, Sri Lanka, mit Campus-Standorten in Batticaloa und Trincomalee

<http://www.eusl.info/index.htm>.

Informationen, Hintergrundberichte und Foto-Galerie zur Situation in Batticaloa.

► **Zum Autor:** Hartmut Fünfgeld ist Geograph und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Geographie des Südasiens-Instituts der Universität Heidelberg. Er promoviert über Strategien der Lebenssicherung und lokalen Konflikttransformation im Nordosten Sri Lankas.